

# Zum Stand der Dinge

## Wirtschaft als Kontinuum gesellschaftlicher Prozesse

Theodor Rathgeber

**Bestandsaufnahmen nehmen ein weites Feld in den Blick, und jedes einzelne böte Raum für mindestens eine halbe Bibliothek. Es wäre also vermessen, wollte ich überhaupt den Anschein erwecken, auf wenigen Seiten erschöpfend Auskunft über einen der Aspekte geben zu können. Bestandsaufnahmen leistet SÜDASIEN im übrigen mit jeder Ausgabe, wenngleich nicht systematisch in der Form, wie dies einen Monographie zu leisten imstande ist. Aus den vielen Möglichkeiten einer Auswahl und eingedenk der politischen und sozialanthropologischen Orientierung der allermeisten Texte in SÜDASIEN fiel die Auswahl für die Einführung zu diesem Heft auf den Aspekt der Wirtschaft. In den zurückliegenden Heften war immer wieder von alternativen Modellen des Wirtschaftens die Rede. An dieser Stelle kommen die Daten der vorherrschenden Ökonomie zum Zuge. Der Fokus liegt auf der Landwirtschaft und der Ausbeutung von Rohstoffen. Zwei Wirtschaftskomplexe, deren negative Wirkungen immer wieder in SÜDASIEN thematisiert werden. Der folgende Beitrag ist nicht abschließend sondern als Ermunterung gemeint, andere Sichtweisen und Feststellungen beizutragen.**

**D**aten zur Wirtschaft, Statistiken zu Länderrangfolgen, Koeffizienten zur Indexerstellung haben je eigene methodische Herangehensweisen, die direkte Vergleiche schwierig machen. In diesem Text sind gleichwohl Indices aufgeführt, die zumindest eine ungefähre Einordnung der aufgeführten Länder Südasiens erlauben. Es ist nichts Überraschendes dabei außer der immer wiederkehrenden Beobachtung, dass jahrzehntelanges Bemühen um Anschluss an weltwirtschaftliche Erfolgsgeschichten von der historisch

gewachsenen Wirtschaftsstruktur des Landes entscheidend gehemmt werden kann. Auch die weltwirtschaftliche Einbindung und ihre Austauschbeziehungen stellen ein stark beharrendes Moment dar. Neben vielen anderen Erklärungen hat dies einfach auch damit zu tun, dass einige im In- wie Ausland mit tradierten Gewinnmodellen immer noch viel Geld verdienen.

### Landwirtschaft als Element einer selbsttragenden Entwicklung

Alle in diesem Text genannten Länder Südasiens müssen sich damit auseinandersetzen, dass der landwirtschaftliche Sektor zwar in seiner statistischen Bedeutung für die Gesamtökonomie zurückgeht, gleichwohl durch die unabgeholten Folgen der Einkommensverschiebung nach wie vor großen Raum bei den politischen Entscheidungen einnimmt.

#### Afghanistan

Die Regierung Afghanistans hat die Förderung der landwirtschaftlichen Ent-

wicklung sogar zur Priorität erhoben, nachdem für einen kurzen Moment die Möglichkeit aufgeschieden war, in der Folge der Petersberger Vereinbarungen 2001 eine moderne, auf Dienstleistungen beruhende Ökonomie aufbauen zu können. Inzwischen kehrt die Regierung zu landwirtschaftlichen Erzeugnissen als Tauschprodukte für den Weltmarkt zurück. Die Förderung der Landwirtschaft soll insbesondere jungen Afghaninnen und Afghanen die Möglichkeit eröffnen, trotz ihrer geringen formalen und beruflichen Qualifikationen ein eigenes Auskommen zu erzielen. Die jetzige Regierung Afghanistans macht aus der Not die Tugend, den ländlichen Raum als Pfeiler einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung zu konzipieren. Dieser Rekurs ist nicht weit entfernt von dem, was auch die Taliban aus ihrem antiwestlichen Furor heraus für Afghanistan gut heißen. Letztere denken und planen aber in einem deutlich repressiveren Gewand.

#### Bangladesch

Die Landwirtschaft in Bangladesch soll durch Kapitalinvestitionen zu einem

Tabelle: Freedom House Index

Land	Index-Wert
Indien	77
Bhutan	56
Sri Lanka	55
Nepal	51
Bangladesch	49
Pakistan	41
Afghanistan	24

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2016>

modernen Produktionssektor entwickelt werden. In Wechselwirkung von vermehrtem Einsatz an technischem Know-how mit ansteigenden Produktionsergebnissen kommt es zu wirtschaftlichen Folgetätigkeiten: Kleinunternehmen, Familienwirtschaften und Händler verbreitern die monetären Einkommensmöglichkeiten und rufen lokale Investitionen hervor; etwa der Bau von Lagerhallen. Große Unternehmen investieren in die Herstellung von Lebensmitteln, was nicht ohne Folgen für Landrechtsfragen bleibt. In Folge der technologischen Umrüstung hat die Anzahl der Haushalte, die von der Landwirtschaft leben, abgenommen. Die geringere Nachfrage nach Arbeitskräften wird zur Zeit noch von der boomenden Textilindustrie aufgefangen. Laut Prognosen soll die Textilproduktion in Bangladesch innerhalb der nächsten drei Jahre eine weltmarktführende Stellung einnehmen. Der Beitrag der Landwirtschaft an der Produktion des gesellschaftlichen Wohlstands, gemessen als Bruttoinlandsprodukt, nimmt zwar ab, liegt in Bangladesch mit rund 29 Prozent aber immer noch hoch. Investitionen in Bildung und ein verändertes Rollenverständnis der Frau, die im Arbeitsleben sichtbar geworden ist, tragen dazu bei, dass, anders als in Afghanistan die Aussicht auf eine tragende Entwicklung in eine Dienstleistungsgesellschaft ökonomisch, nicht nur politisch begründet ist.<sup>1</sup>

### Bhutan

Gemessen an den Anteilen zum Bruttoinlandsprodukt kommt in Bhutan dem Bausektor, der Herstellung elektrischer Energie aus Wasserkraft sowie dem Tourismus die größte Bedeutung zu. Die Planwirtschaft in Bhutan orientiert sich unter dem Begriff der „*self reliance*“, ein Theorem aus der entwicklungspolitischen Debatte in den 1980er Jahren, ausdrücklich an selbsttragenden wirtschaftlichen Prozessen. In der Landwirtschaft arbeiten rund 60 Prozent der Bevölkerung und erzielen ihr Auskommen durch subsistenzwirtschaftliche

Tätigkeiten. In Theorie und Praxis des *selfreliance*-Politikansatzes war (und ist) die Rückgewinnung der Souveränität über die Produktion der eigenen Lebensmittel der Ausgangspunkt aller weiteren Entwicklung. Auch sonstiges staatliches Handeln orientiert sich an einem eher unkonventionellen Entwicklungsziel, einen nationalen Glückszustand (*national happiness*) zu erreichen. Dies hat zur Folge, dass wirtschaftliche Entwicklung nicht nur nach quantitativen Ergebnissen beurteilt wird. Mit sehenswerten Folgen: Bei Indikatoren wie Lebenserwartung, Versorgung mit sauberem Wasser und Grundschulbildung schneidet Bhutan im Vergleich zu den südasiatischen Nachbarn ziemlich gut ab.

### Indien

Indien zählt zu den am stärksten expandierenden Volkswirtschaften der Welt und ist Mitglied im BRICS-Verband (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika). Schon zu Zeiten der Blockfreienbewegung als alternative Entwicklungsoption waren indische Regierungen treibende Kräfte im Bemühen, weltwirtschaftliche Zwänge für die Ausrichtung von Handel und Produktion aufzubrechen. Der anhaltende Widerstand gegen den Abbau von Zöllen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und gegen die schrankenlose Öffnung des heimischen Marktes ist ein aktueller Ausdruck dieses Entwicklungsansatzes. Das Ergebnis ist allerdings zwiespältig. Seit Manmohan Singh haben sich alle Regierungen die weitere Industrialisierung, groß angelegte Infrastrukturmaßnahmen sowie die beschleunigte Ausbeutung der Bodenschätze auf die Fahnen geschrieben. Nicht nur, dass alle Kosten der Modernisierung etwa in Form von Vertreibungen allein den Betroffenen und lokalen Gemeinschaften aufgebürdet werden; zurückhaltend formuliert. Auch innerhalb der Logik des ökonomischen Mainstreams klappt ein riesiges Missverhältnis zwischen dem Erfolg beim Steigern des Bruttoinlandsprodukts und den teilweise vormodernen Einkommens- und Be-

Tabelle: Index zur menschlichen Entwicklung (UNDP 2015)

Rang	Land	Indexwert
1	Norwegen	0.044
73	Sri Lanka	0.757
130	India	0.609
132	Bhutan	0.605
142	Bangladesch	0.570
145	Nepal	0.548
147	Pakistan	0.538
171	Afghanistan	0.465
188	Niger	0.348

Quelle: [http://hdr.undp.org/sites/default/files/2015\\_human\\_development\\_report.pdf](http://hdr.undp.org/sites/default/files/2015_human_development_report.pdf)

schäftigungsverhältnissen in der Landwirtschaft. Die überwiegende Mehrheit der indischen Bevölkerung lebt in ländlich-bäuerlichen Strukturen, 50 Prozent der Arbeitskräfte sind in Indien in diesem Bereich beschäftigt. Im informellen Arbeitsmarkt nicht nur in der Landwirtschaft sind 90 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ohne jegliche soziale Absicherung tätig. Gemessen an den Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt wird Indien ein vorderer Platz unter den großen Wirtschaftsnationen vorausgesagt. Bei vielen Sozialindikatoren liegt Indien hingegen unter den Durchschnittswerten der Subsahara-Staaten. Das eine bedingt in Indien das andere.

### Nepal

Nepal wurde in der jüngeren Vergangenheit mehrfach in seiner Entwicklung gebremst. Der zehnjährige Bürgerkrieg brachte viele wirtschaftliche Tätigkeiten zum Erliegen. Selbst der Friedens- und politische Reformprozess ab 2006 stand überwiegend als Synonym für unsichere Zeiten. Nepal zählt gemessen an den herkömmlichen Bemessungsgrundlagen zu den ärmsten Ländern Südasiens. In Nepal herrscht in der Landwirtschaft die subsistenzwirtschaftliche Agrarproduktion vor. Anders als in Bhutan gilt dies in Nepal überwiegend als rückständig. Es gibt nur wenige staatliche Förderprogramme, die die Subsistenz-

wirtschaft – oder auch die vielen Kleinbetriebe im Land – als Ausgang einer auf lokalem Know-how beruhenden Verbesserung der Agrarproduktion konzipieren. Dabei wäre es auch innerhalb der Logik der Mainstreamökonomie naheliegend: beschäftigt die Landwirtschaft doch mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen. Es bleibt zivilgesellschaftlichen Initiativen überlassen, subsistenzwirtschaftliches Handeln als Bestandteil einer eigenständigen Lebensführung auch sozial armer Haushalte zu konzipieren.

### Pakistan

Pakistan wird ein hohes Potenzial für wirtschaftliches Wachstum nachgesagt. Politische Instabilität, prekäre Sicherheit, Korruption und die sträfliche Vernachlässigung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur (siehe auch Beitrag der International Crisis Group) hemmen jedoch die Volkswirtschaft. Die mit Abstand wichtigste Industrieproduktion ist die Textilbranche. Wie wir erfahren mussten ein Ökonomiemodell, das jegliche Sozial- und Gestehungskosten aus dem Produktionsprozess heraus zu verlagern sucht. Die Landwirtschaft spielt weiterhin eine wichtige Rolle. Rund 42 Prozent der arbeitenden Bevölkerung sind dort beschäftigt. Knapp 60 Prozent der ländlichen Bevölkerung hängen von der landwirtschaftlichen Produktion ab. Die Provinz Punjab gehört mit ihrem Getreideanbau und der Viehzucht selbst weltweit zu den größten Produzenten. Anders als in Bangladesch spielt die Entwicklung der nicht-kommerziellen Landwirtschaft in Pakistan keine strategische Rolle, um das Einkommensniveau der Gesamtbevölkerung zu steigern.

### Sri Lanka

Die Politik der aktuellen Regierung orientiert sich vor allem an der Erhöhung der Exportquoten etwa von Textilien oder Fischereiprodukten, an der Steigerung des Tourismus<sup>5</sup> sowie am Ausbau der Infrastruktur zu einem strategischen Güterumschlagplatz für den Pazifischen und Indischen Ozean. Die Regierung ist

insbesondere an der Wiederaufnahme und am Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Staaten interessiert. Die Verhandlungen mit der Europäischen Union über das Zollpräferenzabkommen GSP (+)<sup>1</sup> stehen kurz vor dem Abschluss. Im Jahr 2010 war dieses Abkommen suspendiert worden, da das damalige Rajapaksa-Regime keine Absicht hegte, Menschenrechtsverpflichtungen umzusetzen. Die jetzige Regierung ist zumindest rhetorisch zugänglicher. Notwendig wäre ein wirtschaftlicher Aufschwung zumindest in Bezug auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die aktuell bei rund 20 Prozent liegt. Nicht nur sie warten auf die Reform-Dividende, die von der Nachfolge zum Rajapaksa-Regime erwartet wird. In der Landwirtschaft herrscht die klassische Aufteilung von subsistenzwirtschaftlicher Agrarproduktion und Plantagenwirtschaft etwa bei Tee oder Früchten vor. Im Zuge des Wiederaufbaus nach der Tsunami-Katastrophe sowie in den von der LTTE besetzten Gebieten gab es für einen Moment das Konzept, selbsttragende wirtschaftliche Aktivitäten in der Landwirtschaft und Fischerei zu versuchen. Die Regierung konzentriert sich auf das wirtschaftliche Zentrum um Colombo, das fast die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung erbringt.

### Ausblick

Alle genannten Länder befinden sich auf die eine und andere Weise im Stadium des Übergangs unter teilweise äußerst fragilen politischen Verhältnissen. Für viele politische Absichten des gesellschaftlichen Mainstreams zur wirtschaftlichen Entwicklung sind große und langfristige Investitionen notwendig. Kaum eines der genannten Länder kann die kalkulatorische Sicherheit dafür bieten, einschließlich rechtstaatlicher Verfahren. Mit Blick auf die absehbaren Folgen solcher großen Investitionen – etwa in den Ausbau der Infrastruktur, die Ansiedlung von Industriekomplexen oder die Ausbeutung von Bodenschätzen – ist es gar nicht so schlecht, dass vieles nicht in dem geplanten Tempo vorankommt. Investoren sind inzwi-

Tabelle: Gender-Ungleichheits-Index

Rang	Land	Indexwert
1	Norwegen	0.044
73	Sri Lanka	0.757
130	India	0.609
132	Bhutan	0.605
142	Bangladesch	0.570
145	Nepal	0.548
147	Pakistan	0.538
171	Afghanistan	0.465
188	Niger	0.348

Quelle: <http://hdr.undp.org/en/composite/GII>

schen auch sensibel für rechtstaatliche Verfahren, und einige interessieren sich sogar für gute Regierungsführung und die Einhaltung der Menschenrechte. Hieran knüpfen zivilgesellschaftliche Initiativen heute bereits an. Die Weiterentwicklung der subsistenzwirtschaftlichen Produktion in der Landwirtschaft wird weiterhin Thema in SÜDASIEN bleiben, ergänzt um weitere Modelle eines menschenfreundlicheren, ethisch begründeten Wirtschaftens.

### Zum Autor



Theodor Rathgeber arbeitet freiberuflich als wissenschaftlicher Autor und Gutachter zu Völkerrecht und Menschenrechten

### Endnoten

1 Dirk Saam (2017); *Wirtschaftswachstum, soziale Disparitäten und Ressourcenkonflikte*. Bangladeschs Weg zu einem Land mit mittlerem Einkommen. In: Stiftung Asienhaus und philippinenbüro (Hg.); *Asien im Windschatten des Wachstums*. Köln

2 *Generalised Scheme of Preferences*, das Plus bedeutet größere Zollerleichterungen, wenn sich die Regierung verpflichtet, im Gegenzug internationale Menschenrechtsstandards verstärkt und überprüfbar umzusetzen.